

Sehr geehrte Frau Dr. Maicher,
sehr geehrter Herr Zschocke,

in Ihrer Antwort vom 15. Juli 2013 auf meinen offenen Brief vom 12. Juli 2013 bestätigen Sie Ihre – aus meiner Sicht unberechtigten – Vorurteile gegen die Nutztierhaltung:

Sie schreiben: „Bei allen verwendeten Angaben handelt es sich um öffentlich zugängliche Unternehmensangaben. Datenschutz und Privatsphäre sind nicht verletzt.“

Rein rechtlich mögen Sie den Datenschutz vielleicht nicht missachtet haben - aus meiner Sicht moralisch sehr wohl. Mit Ihrer Darstellung der Betriebsdaten im Internet, gepaart mit den alt bekannten Parolen gegenüber der Tierhaltung, stellen Sie die Betreiber, Landwirte, Mitarbeiter und deren Familien, also rechtschaffende Bürger unseres Rechtsstaates, indirekt an den Pranger und implizieren, dass diese etwas Unrechtes tun. Wie diese pauschale Kritik wirkt, haben Sie vielleicht an einem Beitrag in der Bild-Zeitung gesehen, der titelte: „Grüne stellen Bio-Höfe an den Tierpranger“. Das Fazit der Beitrages lautete: „Den Grünen kann es ein Landwirt offenbar nur ganz schwer recht machen.“

Sie schreiben: „Sie befürchten offenbar, dass die realen Fakten von Tierhaltung in Sachsen, in der Bevölkerung Unmut auslösen können.“

Bitte machen Sie sich kundig – das Gegenteil ist der Fall. Wir Schweinehalter gehen regelmäßig mit Politikern, Journalisten und anderen, die sich nachhaltig über unsere Arbeit informieren wollen, in den Stall. Wir haben nichts zu verstecken, denn wir wollen die Realität zeigen. Wir haben keinen Grund, Angst vor der Wahrnehmung durch die Bevölkerung zu haben. Wenn wir erklären, was wir tun, verstehen unsere Mitbürger und Kunden, dass Traumvorstellungen allein nicht satt machen. Problematisch wird es aber dann, wenn sich die Situation überhitzt. Wie weit das führen kann, haben wir gesehen, als unlängst beispielsweise Ställe angezündet wurden. Hier sind die Täter bisher zwar nicht überführt worden, aber auch militante Tierhaltungsgegner standen im Fokus der Ermittlungen. Auch, dass nachts rechtswidrig in Ställe eingebrochen wird, ist in keiner Weise hinnehmbar. – Sie sollten sich als Partei hier klar davon distanzieren.

Sie schreiben: „Investoren, die Sachsen mit immer größeren Massentierhaltungsanlagen bebauen, verhindern unserer Meinung nach Entwicklungsmöglichkeiten von bäuerlichen Betrieben und das Entstehen zusätzlicher Arbeitsplätze. Sie diskreditieren das Ansehen der Landwirtschaft und der Tierhaltung bei der Bevölkerung.“

Wo sind Ihre Lösungen? Mit dieser dogmatisch ideologischen Einstellung und Ihrer reinen Verhinderungstaktik werden Sie keine Lösung finden. Das wird nur dazu führen, dass die Schweine zukünftig in anderen Ländern erzeugt werden. Die Diskussion um Betriebsgröße und/oder Bewirtschaftungssysteme (konventionell oder ökologisch) bringt uns keinen Schritt weiter. Alle handeln gleichermaßen verantwortungsbewusst. Entscheidend ist, dass unsere erbrachten Leistungen auch bezahlt werden, damit wir nachhaltig unsere notwendigen Familieneinkommen erwirtschaften und unsere über Generationen existierenden Betriebe an die nächste Generation zukunftsfähig übergeben können.

Wir Tierhalter beteiligen uns gern, wenn es darum geht, unsere Betriebe weiter zu entwickeln. Dabei erwarten wir jedoch auch, dass unsere Argumente gehört werden.

Als ISN-Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands arbeiten wir beispielsweise aktiv beim Tierschutzplan der Landesregierung in Niedersachsen und der Initiative Tierwohl der Wirtschaft auf Bundesebene mit. Es ist schade, dass diese Aktivitäten der Bauern, wie es scheint, bei Ihnen kein Gehör finden.

Sie schreiben: *„BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden bei einer Regierungsbeteiligung die Forderung einer nachhaltigen, tiergerechten, bäuerlichen Landwirtschaft in den Mittelpunkt unserer Landwirtschaftspolitik stellen. Wir wollen die Errichtung neuer Riesenställe und Megamastanlagen stoppen und die Tierhaltung in bäuerlichen Betrieben stärken.“*

Zusätzliche gesetzliche Auflagen allein auf Landes- oder Bundesebene führen dazu, dass der Strukturwandel in der Landwirtschaft massiv befeuert wird. Sie erreichen damit also genau das, was Sie nicht wollen – und wir Bauern auch nicht –, dass überproportional die kleinen und mittleren Betriebe aufgeben müssen. Mehr Kosten müssen nachhaltig durch Mehrerlöse ausgeglichen werden. Hier hilft nicht der alleinige Traum von einer breiten und freiwillig höheren Zahlungsbereitschaft der Verbraucher. Genau deshalb engagieren wir uns auch zusammen mit anderen landwirtschaftlichen Organisationen, Schlachtunternehmen, Lebensmitteleinzelhandel, Tierschutzorganisationen und der Wissenschaft bei der Initiative Tierwohl.

Ich rufe noch einmal ausdrücklich dazu auf – treten Sie mit uns in den Dialog

Mit freundlichen Grüßen

Heinrich Dierkes

ISN-Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands e.V.

Kirchplatz 2, 49401 Damme

Tel: 05491/9665 – 0

Fax: 05491/9665 – 19

Email: isn@schweine.net